

Frank Deppe

1968:

Zeiten des Übergangs



Das Ende des »Golden Age«,
Revolten & Reformbewegungen,
Klassenkämpfe & Eurokommunismus

Frank Deppe
1968: Zeiten des Übergangs

Frank Deppe war 1965-67 Mitglied des Bundesvorstands des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS), 1968 promovierte er bei Wolfgang Abendroth, später war er Professor für Politikwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg. Von ihm erschien zuletzt im VSA: Verlag »1917 | 2017. Revolution und Gegenrevolution« sowie in einer Neuausgabe das Standardwerk in 4 Bänden »Politisches Denken im 20. Jahrhundert«.

Frank Deppe
1968: Zeiten des Übergangs

**Das Ende des »Golden Age«,
Revolten & Reformbewegungen,
Klassenkämpfe & Eurokommunismus**

www.vsa-verlag.de

frankdeppe.de

© VSA: Verlag 2018, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-89965-794-4

Inhalt

Vorwort 7

Kapitel 1

Geschichtspolitik 11

Kapitel 2

Zeit des Übergangs – Erosion der alten Ordnung 17

2.1 Die starren Fronten lösen sich auf 17

2.2 Die Revolte und ihre Kontexte 24

2.3 Die »stille Revolution« 33

2.4 Renaissance der Arbeiterbewegung 43

2.5 »Revolution« – Karikatur historischer Vorbilder 51

2.6 Das sozialdemokratische Jahrzehnt 59

2.7 Eurokommunismus 64

2.8 Von '68 zu den neuen sozialen Bewegungen 69

2.9 Das Ende einer Epoche – Umbrüche nach '68 75

Kapitel 3

Der Blick zurück 87

3.1 Reintegration in den bürgerlichen Kosmos 87

3.2 Die rechte Revanche für '68 96

3.3 Klasse oder Multitude? 114

3.4 Das uneingelöste Erbe: Verbindung von »Künstler-«
und »Sozialkritik« 127

Literatur 135

Vorwort

Das 50-jährige Jubiläum von »1968« ist in Deutschland – zusammen mit dem 200. Geburtstag von Karl Marx – zu einem viel beachteten Medien- und Kulturereignis geworden. Zahlreiche Buchpublikationen, Artikelserien, TV-Sendungen, Vortragsreihen, Konferenzen usw. befassen sich mit den Ereignissen dieses Jahres, mit den alt gewordenen oder bereits verstorbenen »Helden der Revolution«, mit den Bildern von spektakulären Aktionen, Gewalt und Gegengewalt.

Nach wie vor werden die Ereignisse äußerst kontrovers interpretiert. Der »herrschenden Meinung« zufolge hat »1968« gleichwohl einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte, zur Liberalisierung der Alltagskulturen, zum »Abschneiden alter Zöpfe«, insgesamt zur notwendigen Modernisierung des Landes sowie zu seiner internationalen Anerkennung geleistet. Dass einige der radikalsten Aktivist*innen und Straßenkämpfer in höchste politische Ämter und Funktionen aufgestiegen sind, dass die Partei *Die Grünen*, die bei ihrer Gründung nicht wenige Aktivist*innen von '68 zu ihren führenden Köpfen zählte, inzwischen als zuverlässiger Koalitionspartner auch für CDU und CSU zur Verfügung steht, hat die Versöhnung der herrschenden Klasse dieses Landes mit den einstigen »Revolutionären« erleichtert. Allerdings sinnieren Konservative und die extreme Rechte unverändert auf »Rache für '68«. Auf der anderen Seite träumen manche junge Linksradikale von einem »neuen '68«, das die Forderungen der antiautoritären Bewegungen wieder aufgreift und zugleich Elemente einer kommunistischen Denk- und Lebensweise freisetzt, die von den Revolutionen des 20. Jahrhunderts nicht eingelöst bzw. unterdrückt wurden.

Dieser Text stellt die Ereignisse des Jahres 1968 in den Zusammenhang eines Formationsbruchs in der Entwicklung der modernen westlichen Gesellschaften und der Weltordnung, der sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts vollzog. Heute sprechen His-

toriker*innen und Sozialwissenschaftler*innen von der »Großen Transformation« – in den Strukturen der globalen Produktion, der Technologie, der Sozial- und Klassenstruktur, in der Lebensweise und natürlich in den Strukturen der Weltpolitik nach 1991. 1968 sowie die Klassenkämpfe der 1970er Jahre stehen im Schnittpunkt dieses Epochenwandels, was den Akteurinnen und Akteuren in der konkreten geschichtlichen Konstellation selbst nicht bewusst sein konnte. Mit dem Rückblick auf die Tiefenstrukturen des Wandels werden allerdings das Scheitern politischer Projekte ebenso wie die politischen Wendungen der Akteure weniger auf persönliche Schuld bzw. Opportunismus zurückgeführt. Stattdessen konzentriert sich die Analyse auf die Defizite der Akteure beim Begreifen des Umbruchs und der notwendigen strategischen Schlussfolgerungen – in der Studierenden- und Jugendbewegung ebenso wie in den Arbeiterbewegungen der Zeit. Im 2. Kapitel greife ich auf ein Kapitel aus dem Band 3.1. meines Buches über das »Politische Denken im 20. Jahrhundert« zurück. Dort habe ich das Jahrzehnt zwischen 1965 und 1975 als eine »Zeit des Übergangs« analysiert (Deppe 2006/2016: 171-233). Das 3. Kapitel befasst sich dann ausführlicher mit verschiedenen Strömungen in der Erinnerungskultur des Jahres 2018.

Die Ereignisse von '68 sind Teil meiner eigenen Biografie. Es läge also nahe, die Perspektive der teilnehmenden Beobachtung zu rekonstruieren. Ich habe 1961 mit dem Studium der Soziologie in Frankfurt a.M. begonnen – bei Max Horkheimer, T.W. Adorno und in einem Gastsemester von Herbert Marcuse. 1964 ging ich nach Marburg zu Heinz Maus und Wolfgang Abendroth, wurde Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), 1965/1966 Mitglied im Bundesvorstand (mit Helmut Schauer als Vorsitzendem und Rudi Dutschke als weiterem Vorstandsmitglied). Bis 1968 war ich Mitglied der Politischen Kommission des SDS, gleichzeitig Mitglied des zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung und Demokratie, die die Ostermärsche organisierte. Ich war also aktiv an den Debatten und Aktionen

dieser Jahre beteiligt – vor allem auch als Vertreter der (von der Presse so genannten) »Marburger Traditionalisten«. Diese traten – als Schüler*innen von Wolfgang Abendroth – für das Zusammenwirken von Studierenden- und Arbeiterbewegung ein. Ab 1967 war ich an einem Projekt zur Gründung einer linkssozialistischen Partei beteiligt. Im SDS-Bundesvorstand war ich u.a. für Gewerkschaftsfragen verantwortlich und bin seitdem in der Gewerkschaftsbewegung engagiert. Zusammen mit einigen Vertreter*innen der Gewerkschaftslinken arbeite ich heute im »Forum Gewerkschaften« der Zeitschrift »Sozialismus« mit. In Marburg selbst entwickelte die Studierendenbewegung der sogenannten gewerkschaftlichen Orientierung bis weit in die 1970er Jahre hinein eine eigenständige politische Kraft, die sich u.a. 1971/72 – unter der Losung »Marx an die Uni – Deppe auf H4« – in der Kampagne für meine Berufung auf eine Professur für Politikwissenschaft manifestierte.

Im nachfolgenden Text gehe ich auf diese Erfahrungen nicht ein. Es wird jedoch deutlich werden, dass meine Wertungen über Erfolge und Niederlagen politischer Projekte des Jahres 1968 und des nachfolgenden Jahrzehnts auch in diesem Erfahrungszusammenhang gewonnen wurden.

Ich danke – nicht zum ersten Mal – Richard Detje für die Bearbeitung des Textes und die Gespräche, die wir im Zusammenhang der Entstehung dieses Buches geführt haben. Ich widme es meiner Frau Christa Meyszner, die im Jahr 1968 kurz davor stand, sich in Marburg in den Bewegungen nach '68 aus ihrer »Vorgeschichte« zu lösen.

Mai 2018

Kapitel 1

Geschichtspolitik

In der »Deutschen Ideologie« (1845/46) hatten die jungen Revolutionäre Karl Marx und Friedrich Engels in der Auseinandersetzung mit dem »deutschen Idealismus«, der »die Welt als durch Ideen beherrscht ... betrachtet«, Grundlagen des »historischen Materialismus« ausgearbeitet. Dabei gaben sie die Losung aus: »Rebellieren wir gegen diese Herrschaft der Gedanken.« (MEW 3: 13) Gleichzeitig deckten sie den inneren Zusammenhang zwischen der Herrschaft der Gedanken und den gesellschaftlichen Klassenverhältnissen auf, denn: »Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.« (ebd.: 46) Daraus folgt: »Die Existenz revolutionärer Gedanken in einer bestimmten Epoche setzt bereits die Existenz einer revolutionären Klasse voraus...« (ebd.: 47)

Im »Zeitalter der Katastrophen« (Eric Hobsbawm) – zwischen 1914 und 1945, im Umfeld der Weltkriege, der Weltwirtschaftskrise, des Faschismus und der Wirkungen der russischen Oktoberrevolution – war es vor allem der Vorsitzende der italienischen Kommunistischen Partei, Antonio Gramsci, der in seinen »Gefängnisheften« (Gramsci 1991ff.) die Bedeutung des Kampfes um die herrschenden Gedanken begriffen hatte. Die »Hegemonie« einer Klasse – als Verbindung von Herrschen und Führen, von Macht und Legitimation – setzt die Zustimmung der subalternen Klassen zur herrschenden Ideologie voraus. Zu diesem Zweck bildet sich in der modernen Gesellschaft ein System von »ideologischen Staatsapparaten« (Louis Althusser 2010) heraus (Kirchen, Bildungseinrichtungen, Universitäten, Medien der Meinungsbildung, Institutionen der nationalen Kultur etc.). Ihre Funktion besteht vor allem darin, Konsens bzw. Zustimmung »von unten« zu erzeugen und dabei die Wirkung »rebellischen« oder gar re-

volutionären Denkens und Handelns zu neutralisieren. Gramsci interessierte sich vor allem dafür, wie diese Prozesse in der Fabrik, aber auch auf dem Lande, in den Dörfern und Kleinstädten funktionieren. Dabei hob er die Bedeutung der Intellektuellen und der Medien hervor. Der »Überbau« (so die alte Terminologie) ist demzufolge ein komplex strukturiertes (keineswegs nur rein »geistiges«) Kampffeld, in dessen Institutionen und bei der Mobilisierung materieller und personeller Ressourcen um Hegemonie und Gegenhegemonie gerungen wird. Gramsci verband mit dieser Erkenntnis die politisch-strategische Schlussfolgerung, dass der Kampf um die politische Macht und um den Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn dem der oftmals langwierige – von Siegen und Niederlagen begleitete – »Stellungskrieg« gegen die herrschenden Gedanken in den Institutionen der »politischen Gesellschaft« vorausgeht (Deppe 2003/2016: 245ff.).

In diesem Kampf hat die Deutungsmacht über die Geschichte – über die nationale Geschichte ebenso wie über die Weltgeschichte – eine zentrale Bedeutung. Die »organischen Intellektuellen« der herrschenden Klasse, die Historiker an den Universitäten, die Lehrer in den Schulen und die Journalisten der Print- und audio-visuellen Medien sorgen dafür, dass auch nachwachsende Generationen die Deutungsmuster der herrschenden Klasse über die wichtigsten Entwicklungsperioden und Wendepunkte der nationalen Geschichte verinnerlichen. Diese Konstruktion der nationalen Geschichte im Interesse der Herrschenden ist stets mit der Bildung von Mythen (vor allem über die Staatsgründung) verbunden, die emotionale Bindungen und Unterwerfungsrituale unter die »Heldentaten großer Männer« festigen soll. Aber der Gegensatz von Kapital und Arbeit – der Gegensatz von Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus auf dem Felde der politischen Organisationen – bewirkt, dass Klassen ihre eigenen Erinnerungstage haben, dass diese – in demokratisch verfassten Gemeinwesen – immer auch kontrovers diskutiert und wahrgenommen werden.

Die Liberalen kritisieren die »Staatsvergötzung« und die Überhöhung der »großen Herrscher-Persönlichkeiten« durch die Konservativen; die Arbeiterbewegung und die Linke erinnern dagegen an die Siege demokratischer Bewegungen und an die großen Revolutionen der Neuzeit.

Selbstverständlich nimmt die neuere deutsche Geschichte bei der Konstruktion von Erinnerungskultur als Teil der »herrschenden Gedanken« einen wichtigen Platz ein. Während vor 1991 der »Aufstand« vom 17. Juni 1953 in der DDR ein westdeutscher Gedenktag war, wird seit dem 3. Oktober 1991 der Fall der Mauer und die deutsche Vereinigung als eine Wendemarke deutscher Politik zu »Freiheit und Einheit« der Deutschen, als Abrechnung mit Sozialismus und Kommunismus inszeniert. Von der Linken wird hingegen gelegentlich daran erinnert, dass mit dem Ende der DDR der Aufstieg Deutschlands zur Führungsmacht in Europa und zum Global Player begann, und dass dies mit zunehmenden militärischen Verpflichtungen im Ausland sowie mit einem »Zwangsregime« gegenüber schwachen Partnerstaaten in der EU verbunden ist. Die herrschende Deutung der neueren Geschichte, die vor allem auf die Diskreditierung von Sozialismus und Kommunismus, aber auch auf die Stärkung des Selbstbewusstseins »der Deutschen« zielt (die sich nicht mehr hinter den »dunklen Perioden« der neueren Geschichte »verstecken« sollen), ist nach wie vor hegemonial, d.h. sie trifft auf die Zustimmung fast aller Parteien und im Volk. Um diese Deutung wach zu halten, werden Gedenktage als große Staatsereignisse inszeniert; die Historiker werden dazu mit entsprechenden Mitteln ausgestattet, um die liberale und konservative, aber auch – bezogen auf die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Linken – die sozialdemokratische Deutungsmacht über die neuere deutsche Geschichte zu festigen.

Nun häufen sich gerade 2017 und 2018 Jahrestage bedeutender Ereignisse, die mit der Geschichte der Linken und der neuzeitlichen Revolutionen verbunden sind: 2017 wurde das »Kapital« von Marx 150 Jahre alt und im Jahr darauf wird an Marx' 200.

Geburtstag erinnert; die Oktoberrevolution in Russland (Deppe 2017) fand ebenso wie die deutsche Novemberrevolution vor 100 Jahren statt; 2018 jährt sich schließlich die »Bewegung von '68«, die vor einem halben Jahrhundert in den kapitalistischen Metropolen des Westens die herrschenden Kräfte herausforderte, sowie der »Prager Frühling«, der ein letztes Mal die Frage nach der Reformfähigkeit des »Realsozialismus« auf die Tagesordnung gesetzt hatte (Mlynár 1978).

Im Fall der Oktoberrevolution gab es keinen wirklichen Kampf um die Deutungsmacht – die konservative, liberale und sozialdemokratische Verurteilung des Sowjetregimes beherrschte die öffentliche Meinung. Auch in den Debatten der Linken dominierten Positionen, die den Zusammenbruch der Sowjetunion und des »sozialistischen Lagers« im Jahr 1991 auf die unaufgelösten Widersprüche zurückführten, die die Revolution in einem rückständigen Agrarstaat sowie die Errichtung einer Entwicklungsdiktatur durch die kommunistische Partei – auch bei den erstaunlichen Erfolgen, die die Sowjetunion zu erringen vermochte – durchgängig charakterisiert hatten.

Die deutsche Novemberrevolution wirft hingegen ebenso wie das Jahr 1968 nicht so leicht zu ignorierende Fragen nach der Rolle und Bedeutung der Demokratie und des Sozialismus in der neueren deutschen Geschichte auf. Die Novemberrevolution stürzte die Monarchie; die sie tragenden Kräfte der Linken wollten Demokratie und Sozialismus in Deutschland durchsetzen, waren aber über das Verhältnis von Demokratie und Revolution zutiefst gespalten. Die revolutionäre Linke wurde – im Ergebnis eines Bündnisses der Mehrheitssozialdemokratie mit der Armeeführung und den bürgerlichen Kräften – geschlagen. Die Weimarer Republik ging schließlich 1933 – im Gefolge der Weltwirtschaftskrise nach 1929 – unter. Nunmehr wurde die antidemokratische und antisozialistische »Revolution von rechts« von den Faschisten exekutiert, die die »Novemberverbrecher« verfolgten. Dabei wurden sie nicht nur von bürgerlichen Kräften in Wirtschaft

und Politik, sondern auch vom überwiegenden Teil der »Eliten« in den repressiven und ideologischen Staatsapparaten unterstützt. Mit dem Ende des Krieges und des Faschismus im Jahr 1945 waren diejenigen Kräfte innerhalb des herrschenden Blocks, die die Verbrechen dieses Regimes mitgetragen hatten, zunächst einmal diskreditiert und mussten sich der Vorherrschaft der USA und des »American Way of Life« mehr oder weniger anpassen, um auf der richtigen Seite im Kampf gegen den Kommunismus zu stehen. Die privaten Räume der Familie, der Stammtische oder der Vereine – natürlich auch »Nischen« im Verlags- und Pressewesen – boten jedoch hinreichend Gelegenheiten, um das Fortwirken jener Denk- und Bewusstseinsformen zu sichern, die in Deutschland das Scheitern der Weimarer Demokratie, die Siege des Faschismus ebenso wie seine Verbrechen getragen hatten.

Dennoch vollzogen sich in der Innenpolitik der entwickelten kapitalistischen Staaten zum Teil dramatische Veränderungen. Die außerparlamentarische Opposition (»APO«) entwickelte sich bis zum Ende der 1960er Jahre – ausgehend von den Hochschulen und Schulen – zu einer breiten sozialen Bewegung, die noch in die 1970er und frühen 1980er Jahre ausstrahlte. Sie griff die Themen der US-amerikanischen Bürgerrechts- und Antikriegsbewegung auf und solidarisierte sich mit den antiimperialistischen Kämpfen in der »Dritten Welt«.

Gleichzeitig vollzog sich – getragen von der Jugend – eine »Kulturrevolution«, die das System der herrschenden Alltagskonventionen – vor allem aber die Tabuisierung der Sexualität – radikal infrage stellte und eine Fundamentaldemokratisierung nicht nur der Institutionen (wie der Hochschulen und Schulen), sondern auch Gleichheit in den Geschlechter- und Generationenbeziehungen einforderte. Diese Bewegungen wirkten unvermeidlich auf die Organisationen und die Politik der Arbeiterbewegung zurück, die sich ebenfalls – seit etwa Mitte der 1960er Jahre – auf der Bühne der sozialen und politischen Auseinandersetzungen (durch Streiks, aber auch durch Strategiedebatten) zurückmeldeten.

Damit ist bereits angedeutet: Die Bedeutung von '68 ist weder isoliert auf ein Jahresdatum noch auf die Bewegung der Studierenden oder gar einzelne Personen und auch nicht verkürzt auf einzelne nationale Entwicklungen zu dechiffrieren. Es handelt sich um eine Zeit des Übergangs, den Historiker als die »langen 1960er Jahre« bezeichnen.